

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbr d

Inhalt

Erich Wolfram MdB zum
Ausgang der österreichi-
schen Präsidentschaftswah-
len: Unsere Sympathie gilt
Dr. Kurt Steyrer.

Seite 1

Heinrich Klein MdB zum
Verhältnis von Bundesju-
stizminister und Parlamen-
tarischem Staatssekretär:
Ein sonderliches „Tandem“.

Seite 3

Christa Randzio-Plath zur
bevorstehenden 13. Kon-
ferenz der Sozialistischen
Fraueninternationale in
Lima: Gemeinsamer Kampf
für die Rechte der Frauen.

Seite 4

Robert Antretter MdB zum
Beschluß des Bundesge-
richtshofes über Sitzblocka-
den: Eine Chance für die
Rechtsprechung.

Seite 6

41. Jahrgang / 106

9. Juni 1986

Unsere Sympathie gilt Dr. Kurt Steyrer

Zum Ausgang der österreichischen Präsidentschaftswahlen

Von Erich Wolfram MdB
Stellvertretender Vorsitzender der deutsch-österreichischen
Parlamentariergruppe

In einem zweiten Wahlgang haben die Wählerinnen und Wähler
unseres befreundeten Nachbarlandes Österreich ihren neuen
Bundespräsidenten gewählt.

Nachdem sich im 1. Wahlgang am 4. Mai vier Kandidatinnen
und Kandidaten zur Wahl stellten und der Konservative Dr. Kurt
Waldheim nur knapp die erforderliche Mehrheit verfehlte, stan-
den sich am 8. Juni nur noch der ÖVP-Kandidat Dr. Kurt Wald-
heim und der Sozialdemokrat Dr. Kurt Steyrer gegenüber.

Gewählt wurde mit rund 53,9 Prozent Dr. Kurt Waldheim. Sein
Gegenkandidat Dr. Steyrer erhielt 46,1 Prozent.

Der neue Bundespräsident der Republik Österreich heißt also
Dr. Kurt Waldheim.

Wir gratulieren Dr. Waldheim.

Zunächst aber gilt unser Dank dem bisherigen Bundespräsidenten
Dr. Rudolf Kirchschläger.

Er hat in souveräner Art und Weise, mit viel Intelligenz und reicher
Erfahrung, mit Ausgewogenheit und integrierender Toleranz das
österreichische Volk repräsentiert.

Dr. Kirchschläger war national wie international eine anerkannte
politische und moralische Autorität. Er wird in die Geschichte
des republikanischen Österreich als einer der großen Bundespräsi-
denten eingehen. Unsere besten Wünsche begleiten den scheidenden
Bundespräsidenten und seine Frau auf ihren weiteren Lebens-
weg.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement, Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kennzeichen für Umweltschutz
minimales Recycling
Recycling-Papier



Sein Nachfolger Dr. Waldheim wird es nicht leicht haben.

Als Freunde und Nachbarn Österreichs können wir nur hoffen und wünschen, daß die Wunden und die tiefe Kluft, die der Wahlkampf in Österreich aufgerissen hat, bald überbrückt und geschlossen werden können.

Es ist vor allem für die Österreicher schmerzlich, daß sie feststellen mußten, ihre Vergangenheit noch nicht bewältigt zu haben. Es war zwar verständlich, aber einer unabhängigen und vorurteilsfreien Entscheidung abträglich, daß sich das Ausland so stark in die Wahlentscheidung eingemischt hat.

Niemand vermag zu beweisen, daß sie wahlentscheidend war. Aber sie hat sicherlich Dr. Waldheim wesentlich geholfen.

Es liegt nun an Dr. Waldheim die Lehren aus den letzten Wochen und Monaten zu ziehen. Es liegt bei ihm, verlorenes Vertrauen wiederzugewinnen. Er sollte kein Bundespräsident werden, der das österreichische Volk weiter polarisiert, sondern der es wieder vereint und versöhnt. Er sollte integrieren und nicht der Gefahr unterliegen, der ÖVP deren Wunsch nach einem politischen Machtwechsel in Österreich Schützenhilfe leisten zu wollen. Er ist ab jetzt der Präsident aller Österreicher. Unser Bundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker ist in dieser Beziehung ein überzeugendes Beispiel.

Unsere Sympathie gilt dem unglücklich unterlegenen Bewerber um das höchste Staatsamt, Dr. Kurt Steyrer.

Daß er sein Wahlziel nicht erreicht hat, ist nicht seine Schuld. Die „österreichische Großwetterlage“ verhinderte seinen Wahlsieg. Seiner Partei, der SPÖ und der von ihr geführten Bundesregierung bläst zur Zeit der Wind voll ins Gesicht. Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler wollte der SPÖ/FPÖ-Regierungskoalition einen Denkkzettel verpassen. Hoffentlich wird das im Wiener Regierungslager begriffen.

In gut einem Jahr wird in Österreich gewählt. Dann wird es keine Einmischung von außen und keine falsche Solidarisierung geben. Dann stehen Leistungen, Ziele und Perspektiven zur Wahl und politisch handelnde Persönlichkeiten auf der Waage.

Trotz der am 8. Juni gegebenen konservativen Mehrheit für einen konservativen Bundespräsidenten braucht es 1987 in Wien keine politische Wende zu geben. Für die regierenden Sozialdemokraten und ihrem integren Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz ist die Wahl vom letzten Sonntag eine Mahnung und eine Chance.

(-/9.6.1986/rs/ks)

* * *



Ein sonderliches „Tandem“

Zum Verhältnis von Bundesjustizminister und Parlamentarischem Staatssekretär

Von Heinrich Klein MdB

Das Verhältnis von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) und seinem Parlamentarischem Staatssekretär Benno Erhard (CDU) scheint auf einem Tiefpunkt angekommen zu sein. Gemocht haben sich beide noch nie. Als der damalige stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Benno Erhard im November 1985 als Nachfolger von Professor Hugo Klein (CDU), der nach Karlsruhe als Bundesverfassungsrichter ging, die Aufpasserrolle als Parlamentarischer Staatssekretär im FDP-geführten Justizministerium zu übernehmen hatte, wuchs der Argwohn von Minister Engelhard noch mehr. Das ohnehin gespannte Verhältnis zwischen den beiden Spitzenbeamten im Justizministerium kühlte sich in den letzten Monaten noch mehr ab.

Minister Engelhard versucht - gestützt auf Fraktions- und Parteibeschlüsse der FDP - einen relativ liberalen Kurs in der Rechtspolitik durchzuhalten. Der Parlamentarische Staatssekretär Benno Erhard will als „Aufpasser“ nicht zulassen, daß das Justizministerium zu einer Oase der FDP wird und die Rechtspolitik liberale Züge bewahrt.

Belegbares Beispiel für das distanzierte Verhältnis bot sich den Ministerialräten, -dirigenten und -direktoren des Justizministeriums, sowie den Mitgliedern des Rechtsausschusses, als sie am 3. Juni zum alljährlichen Umtrunk in die Chefetage des Justizministeriums geladen waren. Der Justizminister und sein Parlamentarischer Staatssekretär saßen nie an einem gemeinsamen Tisch. Zu hören war, daß sie seit Monaten nicht mehr miteinander gesprochen haben.

Noch sinnfälliger wurde das Zerwürfnis am späten Abend des 5. Juni, als der Bundestag mit seinem letzten Tagesordnungspunkt den Antrag der Grünen diskutierte, das NS-Gesetz zur Verhütung von erbkrankem Nachwuchs aus dem Jahre 1933 für nichtig zu erklären. Der Justizminister hielt für die Bundesregierung eine engagierte Rede (Beobachter meinten, so pointiert habe man Hans Engelhard schon seit Jahren nicht mehr erlebt) mit dem Ziel, daß NS-Gesetz aus 1933 zu ächten und den Opfern der Zwangssterilisierung eine Entschädigung zu gewähren.

Parlamentarischer Staatssekretär Erhard hielt als CDU/CSU-Abgeordneter dagegen. Seine Rede war gespickt mit juristischen Bedenken, die für Entschädigungsregelungen kaum Platz lassen dürfte. Zumindest teilweise wurde für das damalige NS-Gesetz Verständnis gezeigt.

In FDP-Kreisen zeigte man sich verwundert über dieses „Tandem“ des Ministers und seines Parlamentarischen Staatssekretärs. Denn Parlamentarischer Staatssekretär Benno Erhard hatte seinem Minister mit keinem Wort oder Fingerzeig zu verstehen gegeben, daß er an diesem Abend als Bundestagsabgeordneter der CDU sprechen werde und seine konträre Auffassung gegenüber der Spitze des Justizministeriums darstellen wolle.

(-/9.6.1986/rs/ks)

* * *

Für die Rechte der Frauen

Die 13. Konferenz der Sozialistischen Fraueninternationale wird in Lima über gemeinsame Aktionen beraten.

Von Christa Randzio-Plath
Vize-Präsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale (SIW)
Mitglied des Bundesvorstandes der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF)

Delegierte aus rund 40 Mitgliedsorganisationen der Sozialistischen Fraueninternationale werden am 16./17. Juni 1986 in Lima (Peru) die Bilanz des Frauenjahrzehnts der Vereinten Nationen ziehen. Eines steht heute schon fest: die Ungleichheit von Frauen in Politik und Wirtschaft und die zunehmende Feminisierung der Armut werden Sozialdemokratinnen nicht hinnehmen. In einem Aktionsprogramm der SIW werden daher auch ausdrücklich Maßnahmen gefordert, die den Frauenanteil an Funktionen und Mandaten in den Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale erhöhen.

In der internationalen Sozialdemokratie gibt es Vorbilder: Die neuseeländische Partei hat eine weibliche Parteivorsitzende, Margaret Wilson. Die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hat in ihr Kabinett über 40 Prozent Frauen als Ministerinnen berufen und in der Fraktion der norwegischen Arbeiterpartei stellen die Frauen fast 43 Prozent der Mitglieder. Die niederländische Partei der Arbeit hat in allen Funktionen und Mandaten 25 Prozent Frauen.

Viele dieser Erfolge sind satzungsmäßigen Quoten zu verdanken. Die Konferenz der Frauen in Lima wird darüber entscheiden zu haben, ob den Mitgliedsparteien diese Maßnahme oder die freiwillige Selbstverpflichtung mit Zielvorgaben vorgeschlagen wird.

Dabei soll grundsätzlich das Verhältnis von Frauen und Macht angesprochen werden. Die frühere französische Frauenministerin Yvette Roudy und die peruanische Abgeordnete Mercedes Cabanillas werden nach den Möglichkeiten von „Frauen an der Macht“ fragen.

Gemeinsam mit Heidemarie Wiczorek-Zeul werde ich als AsF-Bundesvorstandsmitglied die Position der SPD-Frauen vertreten. Entsprechend dem norwegischen Beispiel wollen wir die Parteien auf eine satzungsmäßige 40 Prozent-Quotierung festlegen.



Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) zählt mit rund 240.000 weiblichen Mitgliedern zu den größten Frauenorganisationen unter den SI-Mitgliedsparteien. Vor allem ist sie eine Organisation eigener Art. Es gibt viele Parteien die zwar über ein Frauensekretariat verfügen - wie zum Beispiel die französische PS - aber nicht über eine eigene Frauenorganisation, weil diese Frauen auf jeder Ebene mit den Männern zusammenarbeiten und die Doppelarbeit vermeiden wollen.

Es gibt aber auch Parteien, wie zum Beispiel die schwedischen Sozialdemokraten, die eine autonome Frauenorganisation zugelassen haben - mit eigenen organisatorischen Sekretariaten, eigenem Geld. Hier wird die Notwendigkeit einer autonomen Frauenorganisation als Vorbedingung dafür gesehen, daß Gleichstellungspolitik erfolgreich sein kann.

Die AsF steht als Arbeitsgemeinschaft der SPD wie die österreichische Frauenorganisation dazwischen: wir halten die autonome Arbeit, aber gleichzeitig die gleichberechtigte Integration in die politische Organisations- und Entscheidungsstrukturen als unsere „Doppelstrategie“ für erforderlich.

Spannende Diskussionen zwischen den Frauen aus Afrika, Asien, Lateinamerika, Neuseeland, Australien, USA, Kanada und Europa sind in Lima auf jeden Fall zu erwarten. Sie sollen zu gemeinsamen Aktionen, auch mit Gewerkschaftsfrauen gegen Diskriminierung, Unterdrückung und Frauenohnmacht führen. Eine Erklärung zu den „Rechten der Frau“ soll Gleichheit als zentralen Grundwert der internationalen Sozialdemokratie in einer Zeit der Ungleichheit unterstreichen.

(-/9.6.1986/rs/ks)

* * *

Eine Chance, die unsere Rechtsprechung nutzen sollte

Zum Beschluß des Bundesgerichtshofes über Sitzblockaden

Von Robert Antretter MdB

Der Beschluß des 2. Strafsenats des Bundesgerichtshofes, der Sitzblockaden nicht mehr pauschal und in jedem Fall als „verwerflich“ wertet, kommt zur rechten Zeit. Nach der blutigen Randalie in Wackersdorf kann dieser Beschluß dazu beitragen, die schwierige, oft emotional geführte Diskussion des Demonstrationsstrafrechts sachlich zu entkrampfen.

In Mutlangen ist es noch vor wenigen Wochen bei einer Senioren-Blockade gegen die Pershing-II-Atomraketen zu unverhältnismäßig vielen Festnahmen gekommen. Mit den entsprechenden Gerichtsverfahren muß gerechnet werden. Unvergessen sind dabei die für unsere Justiz peinlichen Bilder aus dem Gerichtssaal, als Professor Dr. Walter Jens, der sich selbst an einer Mutlanger Blockade beteiligt hatte, die Verwerflichkeit seiner Handlungswiese mit Empörung bestritten hat und dennoch wegen Nötigung bestraft worden ist.

Demgegenüber werden die Richter in Zukunft differenziert im Einzelfall abwägen und besonnen urteilen können - vor allem dann, wenn es sich, wie bei den Demonstrationen in Mutlangen, um gewaltfreien Widerstand gegen die Stationierung neuer Atomraketen handelt. Massenhafte Aburteilungen, die jedem vernünftigen Rechtsempfinden Hohn sprechen, sind demnach nicht mehr zu erwarten. Nicht zuletzt werden über den BGH-Beschluß jene Polizisten und Demonstranten froh sein, die sich seit 1983 in Mutlangen in fast täglicher Konfrontation gegenüberstehen.

Der besondere Charakter dieser Blockaden als menschliche „Verkehrsbehinderungen“ mit politischer Absicht kann nun auch rechtlich gewürdigt werden - eine Chance, die unsere Rechtsprechung nutzen sollte.

(-/9.6.1986/rs/ks)

* * *